

Freiberger Anzeiger

und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.
Verantwortlicher Redakteur Julius Braun in Freiberg.

N^o 140.

Erscheint jeden Wochentag Abends 6 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 Mark 50 Pf. u. einmonatlich 75 Pf.

34. Jahrgang.
Dienstag, den 20. Juni.

Inserate werden bis Vormittags 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfennige.

1882.

Tageschau.

Freiberg, 19. Juni.

Kaiser Wilhelm trat gestern früh seine Reise nach Ems an und traf früh 8 Uhr wohlbehalten in Kassel ein. Nachdem auf dem Bahnhofe der Kaffee eingenommen worden war, begab sich Se. Majestät um 8 1/2 Uhr zum Besuche des Prinzen Karl nach dem Schlosse und legte nach etwa dreiviertelstündigem Verweilen die Reise nach Ems fort. Auf der Fahrt in die Stadt wurde der Kaiser überall mit enthusiastischen Rundgebungen begrüßt. Kurz nach 2 Uhr langte derselbe in Ems an. Zum Empfange auf dem Bahnhofe waren anwesend: Prinz Nikolaus von Nassau, Prinzessin Eugenie von Oldenburg, Oberpräsident v. Bardeleben, Regierungspräsident v. Würmb, die Generalität von Koblenz und die Geistlichkeit. Der Kaiser, welcher sehr wohl ausjah, begab sich alsbald, von den Badegästen und der zahlreich erschienenen Bevölkerung lebhaft begrüßt, in offenem Wagen über die mit Blumen und Fahnen geschmückte Brücke nach dem Kurhause. Die Reichstagsabgeordneten weilen nunmehr wieder am häuslichen Herde. Die abgelaufene erste Hälfte der Session schloß fast lediglich mit negativen Ergebnissen ab; positive Leistungen, das hoffen wir wenigstens auf dem sozialpolitischen Gebiet, werden erst in der zweiten Hälfte dieser weit auseinandergerissenen Session zu erwarten sein. Den Ausweg der Vertagung, der endlich einmal einen Schritt vorwärts in der Angelegenheit der Kranken- und Unfall-Versicherung in Aussicht stellt, haben wir trotz mancher unstreitig entgegenstehender Bedenken freudig begrüßt. Auf dem sozialpolitischen Gebiet ist die Reform-Thätigkeit dankbarer und verspricht ersprießlicher zu werden als auf dem steuerpolitischen, mit welchem sich die erste Hälfte der Session zu beschäftigen hatte. Welchen Weg die Steuerreformfrage weiterhin einschlagen wird, ist heute noch unklar, und auch der Reichstag hat sich in dieser Beziehung große Zurückhaltung auferlegt. Er hat nur die Forderung ausgesprochen, das Tabak-Monopol und eine anderweitige höhere Besteuerung des Tabaks fallen zu lassen und dieser abgekehrten Industrie endlich Ruhe zu gönnen. Der Versuch, jede weitere Vermehrung der Reichs-Einnahmen für unnötig, auch ohne eine solche eine wirkliche Steuerreform für durchführbar zu erklären, den Reichstag auf die Ablehnung sämtlicher denkbaren neuen Steuervorlagen, damit aber zugleich auch auf die Aufrechterhaltung des bestehenden Zolltarifs in allen Bestandtheilen zu verpflichten, ist mit gutem Grunde abgewiesen worden. Es lag, ehe irgend ein Anzeichen vorhanden ist, auf welchen Wegen die Steuerreform weiter betrieben werden soll, zu einer so allgemeinen und prinzipiellen Stellungnahme kein Anlaß vor, und eine solche Stellungnahme hätte gegenüber etwaigen später auftretenden bestimmteren praktischen Vorschlägen gar keinen Werth. Die Reform beziehungsweise Erleichterung der direkten Staats- und Kommunalsteuern auf dem Wege der weiteren Ausnutzung des Tabaks herbeizuführen, ist definitiv und dauernd abgelehnt worden. Ob dieses Ziel auf anderen Wegen zu erreichen ist, darüber sich auszusprechen hat der Reichstag sich mit Recht geweigert, bevor er weiß, wie die anderen Wege beschaffen sind. Aber trotz der Ablehnung des zweiten allgemeinen Theils der von der Kommission vorgeschlagenen Resolution kann als das Ergebnis der steuerpolitischen Verhandlungen das bezeichnet werden, daß die Steuerreform sich in weit beschleunigten Bahnen bewegen, ihre Ziele wesentlich niedriger stecken und in viel höherem Maße das Bestehende achten muß, wenn sie auf Zustimmung der Volksvertretung rechnen und nicht an ihrer Ueberbahrung ewig scheitern soll. Ob die Regierung sich aus den jüngsten Verhandlungen diese Lehre ziehen wird, oder ob demnächst wieder Verwendungszwecke im Betrag von hunderten von Millionen aufgestellt werden und die Deckung dafür vom Reiche verlangt wird: das wird wohl schon der Kampf um die preussischen Landtagswahlen lehren.

Der „Reichsanzeiger“ schreibt: Die Angaben in der Rede des Reichskanzlers vom 12. d. M. über die Menge der Klassensteuer-Exekutionen haben einen starken Eindruck gemacht, obwohl das Material, wie der Reichskanzler hervorhob, bereits in den Motiven des Verwendungsgesetzes enthalten war. Es fehle nicht an Versuchen, die Bedeutung jener Zahlen zu verringern, überhaupt die Eindruck der Ausföhrung abzuschwächen. Der „Reichsanzeiger“ wiederholt jene summarischen Angaben etwas spezialisirter und recapitulirt, daß vom 1. April 1879 bis

1. April 1881 zusammen 1 617 831 vollendete Pfändungen, davon in der untersten Stufe 855 230 oder 52,9 Prozent, fruchtlose Pfändungen 1 686 234, davon 1 124 427 oder 66,7 Prozent in der untersten Stufe stattfanden. Im Ganzen fanden in drei Jahren 3 304 065 Pfändmahle, davon in der untersten Stufe 1 979 657 oder 59,9 Prozent statt.

Aus Altenburg kommt die Trauerkunde, daß die Prinzessin Margarethe, Herzogin zu Sachsen, gestern früh gestorben und dadurch das herzogliche Haus in tiefe Trauer versetzt worden ist. Diefelbe war von einer hochgradigen Lungen- und Brustfell-Entzündung befallen worden und die in den letzten Tagen veröffentlichten Bülletins ließen bereits den jetzt eingetretenen Ausgang der Krankheit befürchten. Die verstorbene Prinzessin war die dritte Tochter des Prinzen Moritz von Sachsen-Altenburg und geboren am 22. Mai 1867.

Dem österreichischen auswärtigen Amte wurde am Freitag von den Vertretern Frankreichs und Englands am österreichischen Hofe mitgetheilt, daß die Westmächte die Pforte aufforderten, bis Sonnabend Mittag bezüglich der Konferenz einen Entschluß zu fassen, widrigenfalls die Westmächte die Abhaltung der Konferenz ohne die Pforte beantragen würden. Graf Kalnohy erwiederte, Oesterreich werde bereitwillig die Schlichtung der ägyptischen Angelegenheit unterstützen, hoffend, daß die Westmächte den bisherigen Standpunkt nicht verlassen und die Souveränität des Sultans nicht beeinträchtigen. Die englischen Meldungen, der deutsche und österreichische Generalkonsul in Ägypten hätten den Khebid „bestimmt“, ein neues Ministerium mit Khagib zu berufen, ist in dieser Form unrichtig. Die beiden Funktionen verfallen lediglich einem Ausgleich zwischen dem Khebid und Arabi. Am Sonnabend trafen in Triest die ersten 360 Flüchtlinge ein. Von Pola ist ein zweites österreichisches Kriegsschiff, von Triest sind drei weitere Lloyd-Dampfer nach Alexandrien abgegangen. Anstatt Kallay ist Graf Hoyos zum ersten, ferner Graf Szeghényi zum zweiten Sektionschef im auswärtigen Amte ernannt. Kallay's Reise in die okkupirten Provinzen wurde verschoben. — Die offizielle „Montagsrevue“ bespricht die Situation in Ägypten und sagt: die Thatsachen haben der Auffassung, daß eine dilatorische Behandlung noch möglich sei, ein schwerwiegendes Dementi entgegen-gesetzt. Die Pforte wird nunmehr die Theilnahme Europas an der nöthig gewordenen Aktion nicht zurückweisen können. Die Pforte scheint nur den Wunsch zu haben, daß die Konferenzberatung ausschließlich auf die ägyptische Frage beschränkt werde, welcher Wunsch offenbar die französische Provenienz des Konferenzvorschlages hervorriefen. Aber Frankreich selbst dürfte es unzweckmäßig finden, die vielleicht nicht ganz zweifellosen Rechtstitel des Bardovertrages (mit Tunis) einem öffentlichen Examen preiszugeben. Der Schwerpunkt der Situation liegt noch jetzt in dem guten Willen der Pforte. Die Entscheidung duldet aber keinen Aufschub, da schwerlich die europäischen Mächte ein zweites Attentat ruhig hinnehmen würden, sondern genöthigt werden, zur Selbsthilfe zu schreiten. Die Pforte werde nur ihr eigenes Interesse vertheidigen, wenn sie mit Energie und Nachdruck für die Interessen Europas eintritt.

Der Präfekt von Sassari ersuchte im Namen der italienischen Regierung Menotti Garibaldi um Auslieferung der Staatspapiere aus dem Nachlaß seines Vaters. Menotti Garibaldi erwiederte, daß die von ihm besessenen Papiere nicht zur Kategorie von Staatspapieren gehören, welche ausgeliefert werden müssen. — Nach einer Meldung des Reuter'schen Bureaus aus Alexandria ist das italienische Panzerschiff „Affondatore“ mit 2 Kompagnien Truppen in Port Said angekommen. — Positiv wird versichert, Arabi Pascha beorderte in den letzten Tagen 20 000 Pfund Torpedos. — In Mantua ist es gelegentlich der Garibaldifeier zwischen der Bürgerschaft und der Garnison zu einem so blutigen Konflikt gekommen, daß deswegen bereits eine Interpellation in der Kammer angekündigt ist. Die Ursache dazu bildete eine rothe Fahne, welche die Polizei schließlich mit Gewalt sequestrirte. Da sich die Menge widersetzte, zogen die Karabinieri und Quästursoldaten ihre Seitengewehre und hieben gemeinschaftlich mit einigen Detachements des 78. Regiments auf die Ruhestörer ein. Letztere beabsichtigten deffenungeachtet vor dem Jesuitenkonvent eine neue Demonstration, allein die Präfektur hatte bereits einige Hundert Schuzleute und beträchtliche Militärpatrouillen dorthin entsandt. Wäre es dem Deputirten d'Arco nicht gelungen, die Truppen

zum Rückzuge zu bewegen, so hätten sich auf diesem Platze sicherlich blutige Szenen ereignet, denn das Publikum war zum Außersten entschlossen und hatte sich inzwischen mit Waffen versehen, um der Gewalt mit Gewalt zu begegnen. Gleich darauf kam es in Via San Martino zu einem Rencontre, wobei die Truppen vom Bajonnet Gebrauch machen mußten. Die aus einigen Tausend Köpfen bestehende Volksmenge wurde gewaltsam aufgelöst. Dabei hat es an Verwundungen und Verhaftungen natürlich nicht gefehlt.

In Frankreich suchen die Freunde Gambetta's diesen zu bewegen, bei der angekündigten Interpellation wegen Ägypten nicht zu interveniren, da sie seine Leidenschaftlichkeit hierbei befürchten. Daher werden lebhaftest Anstrengungen gemacht, zunächst im Senat eine Interpellation hervorzurufen und zwar durch Challemel-Lacour, den Intimus Gambetta's und ehemaligen Botschafter in London. Nach weiteren offiziellen Indiskretionen über das Gelbuch, das übrigens bis zum 15. März sich erstrecken wird, erfährt man, daß das Charakteristische der darin zu erwartenden Gambetta'schen Depeschen eine freiwillige oder optimistische Illusion des früheren Conseil-Präsidenten sein soll. So habe Challemel-Lacour unterm 17. Januar bereits berichtet, daß Granville jede bewaffnete Intervention in Ägypten zurückweise. Am 19. Januar habe Gambetta darauf geantwortet, daß diese Mittheilung ihn in Erstaunen versetze, da der Botschafter Lyons zu ihm sich in ganz anderem Sinne geäußert habe. Unterm 3. Februar erklärte jedoch Lord Lyons an Freycinet, daß Gambetta sich vollständig über den Sinn seiner Worte getäuscht habe. — Eine Rede des französischen Ministers des Innern auf dem Banket zu St. Lo bildet trotz der ägyptischen Affaire in Paris das Ereigniß des Tages. Herr René Goblet nahm die Dezentralisation gegen den gambettistischen und jacobinischen Autoritarismus in Schutz, trotzdem die letzten Gemeindevahlen ergeben haben, daß die westlichen Departements noch stark reaktionär sind. „Es ist das Unglück dieses Landes“, sagte der Minister, „daß man hier immer vor der Freiheit Furcht gehabt hat. Unter diktatorischem Regime ruft man sie an und seufzt nach ihr: es giebt dann großherzige Bürger, die sich tödten lassen, um sie zu erlangen. Kaum hat man sie aber erobert, so erschreckt man vor ihr. Bei den geringsten Schwierigkeiten weicht man vor ihr zurück, und, traurig zu sagen, unter denen, die ihre Sache verrathen, steht man manchmal die Männer, die zu ihren Gunsten die schönsten Feldzüge unternommen haben! Was mich betrifft, so leugne ich absolut diese Nothwendigkeit, wieder und immer wieder die Anwendung unserer Prinzipien zu vertagen. Ich glaube fest, daß wir die widerstrebenden Gemeinden durch die Freiheit gewinnen werden. Statt zu bewirken, daß sie die Republik verabscheuen und verkennen, indem wir ihnen unser Gutdünken aufzwingen, lassen wir sie doch ihre Maires wählen, dehnen wir ihre Befugnisse aus, wie die Regierung es vorge schlagen hat, entwickeln wir mit allen Mitteln das municipale Leben; wir werden dann diesen Gemeinden den Geschmack und die Sitten der Freiheit gegeben und das Ergebnis erlangt haben, daß sie Republikaner geworden sein werden, ohne es zu wissen.“ — Die „Agence Havas“ meldet aus London: England und Frankreich schlugen den anderen Mächten ein Uneigennützigkeits-Protokoll vor, worin alle Mächte versprechen, die Integrität des ägyptischen Gebiets zu respektiren und nichts ohne das europäische Konzert zu thun. Die Annahme seitens aller Mächte erscheine als gewiß. Der Sultan meine zwar, die Türkei dürfe nicht an der Konferenz theilnehmen, wendet aber nichts dagegen ein, daß die Konferenz in Konstantinopel tage, um den Verkehr mit der Pforte zu erleichtern.

Die russische Presse bespricht noch immer den Rücktritt Ignatieff's, dessen Gemahlin gestern auf der Reise nach Paris die deutsche Reichshauptstadt Berlin passirte. Interessant ist, was man dem „Montagsbl.“ über den Ministerwechsel aus Petersburg schreibt. Es heißt da u. A.: Niemand von uns hat auch nur im Entferntesten gehaut, daß es gerade Graf Tolstoi sein werde, dem die Leitung der inneren Angelegenheiten Rußlands anvertraut würde. In der That, ein überraschenderer Ministerwechsel hätte sich kaum vollziehen können. Unstreitig ist es aber die gebildete Welt Rußlands, vor Allem die sogenannte feine Gesellschaft Petersburgs, welche sich von dieser jüngsten Aktion des Kaisers Alexander III. getroffen fühlen muß. Denn, was diese Gesellschaft anbelangt, so kann und darf man mit Sicherheit behaupten, daß ein Ignatieff ihr